

Pressemitteilung:

Bad Neuenahr nach dem Bundeswehrabzug: Neue Initiative gibt Anstöße und redet mit

Vorschläge von Wohnprojekten über Kultur bis Energieversorgung

Die Zeit läuft: Ende 2014, spätestens Ende 2018 ist die Bundeswehr aus Bad Neuenahr abgezogen und hinterlässt 44.000 Quadratmeter gut bebaute Grundstücke. Sie in zivile Nutzung zu nehmen, nennt man Konversion. Nachdem die Stadtverwaltung unter Bürgermeister Guido Orthen (CDU) bereits andeutete, dass sie dabei verstärkt auf den Einzelhandel setzt, luden die Attac und Jenny-Marx-Gesellschaft zu einem Info- und Diskussionsabend ein, der von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern aus Stadt und Umgebung genutzt wurde. Heraus kamen neue Erkenntnisse und viele Vorschläge.

Die Bundestagabgeordneten der Linksfraktion Inge Höger und Herbert Behrens, die schon zahlreiche Konversionserfahrungen sammeln konnten, erläuterten die Situation nach der Schließung der Ahrtalkaserne. Nach einem Rundgang durch die Immobilien und Gesprächen mit den verantwortlichen Offizieren wiesen sie darauf hin, dass das Verfügungsrecht über die Liegenschaften bei der Bundesanstalt für Immobilien (BIMA) liege, die Planungshoheit jedoch bei der Stadt. Sie verwiesen auf einen Antrag der LINKE-Fraktion, der im Rahmen der Konversion finanzielle Hilfen fordert, damit die ehemaligen Bundeswehrstandorte den Truppenabzug als Entwicklungschance für die Kommune und die Bevölkerung wahrnehmen können.

Inge Höger verwies in diesem Zusammenhang auf neue soziale und ökologische Perspektiven durch die Ansiedlung von Dienstleistungsgewerbe, Kultur- und Bildungseinrichtungen und Wohnungen. In Tübingen zum Beispiel wurden ehemalige Kasernen der französischen Streitkräfte unter enger Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in ein Viertel umgewandelt, das Lebens- und Arbeitsraum für Menschen unterschiedlicher Einkommenschichten bietet. Herbert Behrens: „Das ist leider noch zu selten. Denn aus Angst vor den Folgen möglichen Verlusts von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen konzentrieren sich viele Kommunen auf den Wettstreit untereinander. Die Bevölkerung steht jedoch im Mittelpunkt, und ihren Bedürfnissen muss Rechnung getragen werden.“

In der Diskussion gab es spontan Vorschläge und Wünsche; Die Ideen reichten von einem senioren- und behindertengerechten Mehrgenerationen-, Wohn- und Kulturzentrum über bezahlbare Büroräume für mittelständische Unternehmen und Gemeinschaftsbüros für Existenzgründer bis zu Ateliers und Werkstätten für Künstler und Kunsthandwerker. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, dass bezahlbarer Wohnraum im Stadtgebiet immer seltener wird und die Liegenschaften der Bundeswehr hier entsprechend umgewandelt und genutzt werden könnten. Die großen Flachdachflächen könnten zudem energetisch genutzt werden und wären eine Option auf eigenständige, alternative Energieversorgung.

Noch am selben Abend gründeten die Anwesenden eine Bürgerinitiative, die sich um die Fragen der Konversion in der Kurstadt kümmert und künftig mitreden will. Sie trifft sich am Mittwoch, 19. Dezember ab 19.30 Uhr in den Bahnhofstuben.